

Zur Interpellation der SP-Fraktion

## **Förderung ethnischer Diversität im öffentlich-rechtlichen Dienst des Kantons Zug**

Ein NZZ-Artikel von Dienstag dieser Woche hält fest, dass in vielen schweizerischen Betrieben MigrantInnen bereits in der Mehrheit sind. Dass das Spektrum der Herkunftsländer immer breiter wird. Am Beispiel des Migros-Verteilzentrums in Suhr, der UBS und dem Schoggi-Produzenten Lindt und Sprüngli wird aufgezeigt, in welchem Mass Diversity Management in den Schweizer Firmen bereits verankert ist. In der Wirtschaft hat man nämlich längst erkannt, welche Bedeutung ethnische Vielfalt hat und welchen Gewinn sie darstellt. Weil so den Bedürfnissen einer internationalen Kundschaft besser entsprochen werden kann. Unterschiedliche Hintergründe geben in der Arbeitswelt ausserdem neue Impulse - und anerkannte, geförderte Mitarbeitende fühlen sich wohler. Sie bringen auch bessere Leistungen.

In ihrer Antwort auf die Interpellation [zur Förderung ethnischer Diversität im öffentlich-rechtlichen Dienst des Kantons Zug] lehnt die Regierung nun einen Vergleich zwischen Diversity Management in Betrieben einerseits und in der öffentlichen Verwaltung andererseits ab. Ersteres sei wegen der internationalen Verflechtungen der Wirtschaft zu erklären und so daher auf die Verwaltung nicht übertragbar.

Das mag für Unternehmen wie die UBS vielleicht sogar gelten: Die hochqualifizierten Arbeitskräfte aus aller Welt, die "expats" insbesondere aus dem EU-Raum, sind aus unseren Managementetagen zwar nicht mehr wegzudenken. Viele von ihnen leben sich in der Schweiz aber kaum ein, sie bleiben oft wenige Jahre hier und ziehen dann weiter. Aber wie ist es mit dem Migros-Verteilzentrum? Auch in Betrieben wie diesen investiert man mittlerweile in Vielfalt. Also warum eigentlich solche "best practice" nicht auf die Verwaltung übertragen?

Auch in Branchen wie Gastronomie und Bau sind MigrantInnen ganz massiv übervertreten: Dabei handelt es sich um grosse Zahlen von Personen, die nicht weiterziehen, die keine "expats" sind. Es handelt sich um Menschen, die hier eine dauerhafte Lebensperspektive wollen. Und die auch das Recht besitzen, ihren Wohnort mitzugestalten. Der Kanton Zug weist einen Ausländeranteil von total rund 23% aus. Im Erwerbsleben sind sie sehr stark eingebunden. In der öffentlichen Verwaltung sind diese Menschen aber mit rund 8% **ihres Anteils an der Wohnbevölkerung** ganz massiv untervertreten.

Und in diesem Zusammenhang ist es absolut angebracht, einen Vergleich zur Wirtschaft zu ziehen:

Gerade auch in der Bildung und bei den Behörden, etwa in der Justiz, soll doch dieses Bevölkerungsviertel abgebildet und angestellt werden! So können diese Zielgruppen, kann diese Klientel besser erreicht werden. So werden aber auch Politik, Institutionen und Verwaltung glaubwürdiger. Nicht zuletzt haben doch gerade Staat, Kanton und Gemeinden auch eine gesellschaftliche Vorbildfunktion. Und um die ist es schlecht bestellt, wenn MigrantInnen erst und einzig einbezogen werden, wenn es um ehrenamtliche Patrouillen gegen "ausländerpolitisch motivierte" Spannungen und Gewalt geht.

Hier wünsche ich mir nach wie vor eine echte und ernsthafte Strategie zur Förderung ethnischer Vielfalt in der Zuger Verwaltung. Und kein meilenweites Nachhinken hinter der Wirtschaft.

Ich danke Ihnen.

Rupan Sivaganesan